

Familiendemo mit Katerstimmung

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN, 16.09.07, 21:52h, AKTUALISIERT 16.09.07, 22:38h

Düsseldorf - So junge Demonstranten wie an diesem Samstag hat es vor dem Düsseldorfer Landtag noch nie gegeben: Unter den weit über 10 000 Teilnehmern an der Protestaktion gegen das geplante Kinderbildungsgesetz (Kibiz) sind auch etliche, um die es vor allem geht: Kinder im Kindergartenalter. Einigen haben ihre Eltern auch Plakate auf den kleinen Rücken gehängt: „Kibiz ist nichts für mich“. Viele Erwachsene laufen herum mit Papp-Schildern, auf denen steht: „Kibiz ist Mumpitz“. Bei herrlichem Spätsommerwetter herrscht auf der Wiese vor dem Parlament fast eine Stimmung wie auf einem großen Familienfest; eine Hüpfburg ist aufgebaut, es gibt Musik und Getränke.

In Wahrheit ist den Demonstranten natürlich nicht nach Feierstimmung zumute; es herrscht vielmehr Katerstimmung unter den Protestierenden. Es sind überwiegend Frauen, Erzieherinnen, die sich wegen der Gesetzespläne der Regierung um ihren Job im Kindergarten sorgen. Und das gleich in doppelter Hinsicht: Sie bangen um ihren eigenen Arbeitsplatz. Das Gesetz werde zum Abbau von Vollzeitstellen führen, so Martina Peil von der Gewerkschaft Verdi. Kindergärten müssten dann auf Hilfskräfte zurückgreifen. Und deshalb sorgen sich die Kindergärtnerinnen auch um die Qualität der Arbeit in den Einrichtungen, die sie unter den neuen Regeln glauben nicht mehr so leisten zu können wie bisher. Die Träger müssten die Gruppen vergrößern, um auf ihre Kosten zu kommen, was zulasten der Kinder gehe. „Wir wollen ein Gesetz, wo nicht nur Bildung draufsteht, sondern auch Bildung drin ist“, sagt die Erzieherin Beate Heeg.

Die Kritik am Gesetzentwurf richtet sich vor allem dagegen, dass Kindergärten nicht mehr nach der Anzahl der Gruppen gefördert werden sollen. Familienminister Armin Laschet (CDU) will das System umstellen auf eine Förderung pro Kind. Beides ist im Gesetzentwurf aber vermischt, was die Sache unübersichtlich und deshalb aus Sicht der Verbände auch unkalkulierbar macht. Deshalb werfen sie dem Minister vor, mit seinem Gesetzentwurf den im Februar erzielten Konsens über die Reform aufgekündigt zu haben, was dieser jedoch bestreitet. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Frage der Elternbeiträge. Zwar ändert der Gesetzentwurf hier nichts am bisherigen Zustand, aber viele Eltern befürchten dennoch, künftig mehr zahlen zu müssen, weshalb auch viele Eltern demonstrieren.

Die Initiatoren des Bündnisses aus 27 Verbänden, die sich unter dem Motto „So nicht Herr Minister“ vereinigt haben, halten sich nicht mehr mit Kritik an Details auf. „Schönheitsreparaturen helfen nicht weiter“, sagt eine Rednerin auf der Kundgebung. Gerhard Stranz von den Waldorfkinder-gärten fordert, der Entwurf müsse komplett in den Papierkorb.

CDU-Fraktionschef Helmut Stahl verteidigt dagegen in Interviews die Regierungspläne. Die Befürchtungen der Erzieherinnen und der Träger seien unbegründet. Sie seien „teilweise von Gewerkschaftsfunktionären aufgestachelt worden“, meint der Christdemokrat. Kibiz sei kein Spargesetz, schließlich steigere die Regierung die Ausgaben für Kindergärten auf über eine Milliarde Euro im Jahr 2010. Stranz lässt dies nicht gelten, denn 2006 habe die Koalition 194 Millionen Euro gestrichen. Inzwischen schließt aber auch Helmut Stahl „einzelne Korrekturen am Gesetz“ nicht mehr aus.

Auch Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sagte am Wochenende, er nehme die Sorgen der Erzieherinnen „sehr ernst“. Noch werde die Anhörung ausgewertet. Auch dies gilt als ein Hinweis darauf, dass der Gesetzentwurf an der einen oder andere Stelle nachgebessert wird. Aus dem Familienministerium gibt es ähnliche Signale. Das Aktionsbündnis gegen Kibiz will in jedem Fall am Ball bleiben. „Falls das Gesetz nicht zurückgezogen wird, muss man über ein Volksbegehren nachdenken“, sagte ein Sprecher von Verdi.

Das Prinzip Masse statt Klasse

VON CLAUDIA LEHNEN, 16.09.07, 22:51h, AKTUALISIERT 16.09.07, 22:51h

Drei Orangen sind mehr als zwei. Trotzdem: Wenn zwei Orangen für zwei Kinder da sind, hat jedes von ihnen mehr, als wenn sich vier Kinder drei Orangen teilen müssen. Diese simple Rechnung hat inzwischen auch die FDP begriffen und Zweifel am „Kinderbildungsgesetz“ (Kibiz) der Landesregierung angemeldet. Das ist gut so - genau wie der Protest von Eltern, Erzieherinnen und Wohlfahrtsverbänden. Denn obwohl Familienminister Armin Laschet (CDU) auf eine Erhöhung der Ausgaben für die Kitas verweist, gilt für den Gesetzentwurf das Prinzip „Masse statt Klasse“.

Umso wichtiger ist es, sich Klarheit über die Ziele frühkindlicher Bildung zu verschaffen. 2010 soll es in NRW 70 000 neue Betreuungsplätze für unter Dreijährige geben. Die geplante Pro-Kopf-Bezuschussung bleibt weit unter dem Bedarf und verschlechtert die finanzielle Situation der Kitas dramatisch. Die Gruppenpauschale in ihrer heutigen Form gibt ihnen mehr Planungssicherheit - und den Kindern die Möglichkeit, weiter in kleineren Gruppen betreut zu werden.

Bevor genaue Summen zum Kita-Ausbau festgelegt werden, sollte die Praxis zeigen, wie hoch genau der Bedarf ist. Schließlich könnte die Wahlfreiheit dazu führen, dass die Öffnungszeiten ausgeweitet werden müssen. Dann wären mehr Personal und mehr Geld nötig, wenn die Betreuungsstandards nicht unverantwortlich sinken sollen.

Auch die geplante Erhöhung der Elternbeiträge muss vom Tisch. Spitzensätze von mehr als 400 Euro monatlich wären sonst keine Seltenheit. Sollten sich Besserverdienende dann entscheiden, ein paar Euro draufzulegen und dafür ein Au-pair-Mädchen zu engagieren, brächen dem System die finanziellen Stützen weg. Kitas würden zu schlecht ausgestatteten Verwahranstalten für Verliererkinder.

Eine Steigerung der Elternbeiträge ist zudem unvereinbar mit den Bemühungen um Wahlfreiheit. Erwerbstätige Mütter tragen im Durchschnitt gerade einmal 200 Euro mehr zum Familieneinkommen bei als Mütter, die zu Hause bleiben. Vorschläge, die dieses schmale Plus weiter drücken, gehören nicht in ein Gesetz aus dem 21. Jahrhundert, das sich brüstet, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.

Wenn „Kibiz“ - wie behauptet - den Schritt von frühkindlicher Betreuung zu Bildung gehen will, darf nicht nur die Vervielfachung der Plätze im Vordergrund stehen. Das Gesetz muss Fachpersonal in ausreichender Zahl für überschaubare Gruppengrößen gewährleisten. Die Regierung sollte nur so viele neue Plätze versprechen, wie sie sich auch leisten kann.

fm.claudia.lehnen@mds.de